



Protokoll NGO-Forum 2017
„Kinder und Jugendliche schützen – Gewalt verhindern“
Kurzberichte aus den Workshops, Diskussion und Abschluss
18. September 2017 – Volksanwaltschaft

Mag. Markus HUBER – Begrüßung

Mag. Huber begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Plenarteil des NGO-Forums. Er kündigte an, dass alle Workshops von den jeweiligen Vortragenden kurz zusammengefasst werden und anschließend Raum für eine Diskussion bleibt.

Mag. Markus HUBER – Zusammenfassung Workshop 1:

Kinder- und Jugendgesundheit

Die Impulsreferate lieferten Dr.in Sabine HAAS (Nationales Zentrum Frühe Hilfen) und (Österr. Liga für Kinder- und Jugendgesundheit).

1. Impulsvortrag Nationales Zentrum Frühe Hilfen von Dr.in Sabine HAAS

Es besteht ein massiver Zusammenhang zwischen Kinderarmut und Gesundheit. Familien mit finanziell begrenzten Mitteln nehmen etwa Gesundheitsleistungen weniger häufig in Anspruch. Sowohl Kinder die in ärmlichen Verhältnissen bleiben, als auch jene, die den sozialen Aufschwung geschafft haben, erkranken im Erwachsenenalter häufiger an Herz-/Kreislaufkrankungen. Die Schwangerschaft bzw. frühe Kindheit ist daher der optimale Zeitpunkt, die Benachteiligung am wirkvollsten zu unterbrechen.

Frühe Hilfen schaffen diesbezüglich gute Angebote für Familien, die beispielsweise durch ein fehlendes Einkommen oder Migrationshintergrund benachteiligt bzw. belastet sind. Diese sind nach 2 Prinzipien organisiert:

1. Proaktive und systematische Kontaktaufnahme mit den Familien. Hilfe wird aktiv in die Familie gebracht. Dafür wird ein effizientes Kontaktnetz in Anspruch genommen:

Frühe Hilfen erhalten Information von Berufsgruppen die mit schwangeren Frauen Kontakt haben. (Kinder- und Jugendhilfe, Geburtstationen, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, etc. ...).

2. Familienbegleitung durch ein multiprofessionelles Team. Frühe Hilfen sorgen für Unterstützungsmanagement, das wichtigste Bereiche abdeckt. Nur wenn existenzielle Bedürfnisse abgedeckt sind, kann Gesundheit der Kinder verbessert werden. Es gab 2015 500 Familienbegleitungen und 2016 bereits 1350.

2. Impulsvortrag: Österreichische Liga für Kinder und Jugendgesundheit von Eva MOSAR-MISCHLING

2017 setzte die Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (LIGA) ihren Schwerpunkt auf die seelische Gesundheit von Kindern. Laut der LIGA sind nicht nur sozial benachteiligte Familien als gefährdete Gruppierungen zu betrachten, sondern all jene Familien in denen eine Überforderung der Eltern eintreten kann. So können unter anderem etwa Frühgeburten, Schreibabys, Mehrlingsgeburten oder Kindern mit Behinderungen zu erhöhtem Unterstützungsbedarf in Familien führen. Bereits im Krankenhaus wird die Interaktion der Eltern mit den Kindern beobachtet und auch selbst mit den Kindern Gespräche geführt. Es wird individuell festgestellt, ob ein Unterstützungsbedarf vorhanden ist und wie dieser abgedeckt werden kann.

Wirksame Unterstützung ist hier die mobile Kinderkrankenpflege. Diese kommt direkt zu Familien nach Hause - hier lässt sich auch die Parallele zu Familien Begleitung ziehen. Bei diesen Gruppierungen ist es wichtig aktiv mit den Familien in Kontakt zu treten und gezielt Unterstützung in die Familien hineinbringen. Mobile Kinderkrankenpflege stellt eine massive Entlastung für Eltern dar. Die Eltern haben dadurch die Möglichkeit sich Zeit für sich selbst nehmen und ihre Ressourcen zu stärken. Dies kommt auch den Kindern zugute.

Die Forderungen der Arbeitsgruppe sind daher einerseits ein Ausbau der flächendeckenden regionalen Frühen Hilfe sowie eine Ausweitung des Betreuungszeitraums von Kurz- auf Langzeitunterstützungen und eine österreichweite Einrichtung des Systems der „School-nurse“.

Mag. Johannes CARNIEL – Zusammenfassung Workshop 2:

Kinder und Jugendliche auf der Flucht

Die Impulsvorträge wurden von Ondine Delavelle, M.A. (Internationale Organisation für Migration) und Anahita Tasharofi (Flucht nach Vorn) gehalten.

Mag. CARNIEL betont, dass Kinder und Jugendliche zu wenig zu Wort kommen und merkt an, dass auch bei den Workshops keine betroffenen Kinder und Jugendliche anwesend waren. Geht es um Kinder auf der Flucht, stehen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) meist im Fokus. Man darf jedoch nicht vergessen, dass es auch Kinder gibt, die von Ihren Eltern getrennt sind aber dennoch in Begleitung von Erwachsenen reisen. Auch jene Kinder und Jugendlichen die mit Eltern flüchten stehen vor immensen Problemen. Eine Reduktion auf UMF ist daher nicht legitim.

Alleine im Jahr 2016 wurden in Europa 63.000 Asylanträge von Kindern und Jugendlichen gestellt. Kinder auf der Flucht – egal aus welchen Beweggründen diese geschieht – weisen eine besonders hohe Vulnerabilität auf. Bildung ist dabei ein wesentlicher Faktor. Eine neue UNICEF-Studie über die Fluchtursachen und Erfahrungen von geflüchteten oder migrierten Jugendlichen in Europa kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche die alleine reisen, einem 89% Risiko ausgesetzt sind Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. Verfügen die Flüchtenden über Sekundärbildung, sinkt das Risiko auf 39%.

Kinderrechte sind in Österreich zwar in der Verfassung verankert, speziell die Gruppe der geflüchteten Kinder ist aber nicht ausreichend geschützt. Kinder und Jugendliche befinden sich oft monatelang in Österreich, ohne dass die Obsorge klar geregelt ist. Die Ursache dafür liegt zu einem Großteil in der Belastung der Behörden, hat aber auch zahlreiche andere Ursachen. Im Workshop wurde die Forderung formuliert, dass die Obsorge zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ab dem ersten Tag geregelt sein muss. Auch die Altersfeststellungen bereiten große Probleme, sie dauern oft monatelang und es kommt immer wieder zu Zweifeln an der Validität der Untersuchungsmethoden. Ein weiteres wesentliches Problem im Zusammenhang mit der Pflege und der Betreuung der Kinder und Jugendlichen sind die unterschiedlichen Höhen der Tagessätze. Ein österreichisches Kind das von den Kinder und Jugendorganisationen die volle Erziehung bekommt, erhält andere Tagessätze als UMF. Für diese steht viel weniger Geld zu Verfügung, obwohl sie vor den gleichen Problemen stehen. Nach der UN-Kinder- und Menschenrechtskonvention darf zwischen österreichischen und nicht-österreichischen Kindern mit einem anderen

Aufenthaltstitel und UMF kein Unterschied gemacht werden. Lange Wartezeiten sind allgemein ein Problem bei Asylverfahren und betreffen auch Kinder- und Jugendliche.

Für Kinder und Jugendliche die das Schulalter bereits erreicht haben, gibt es wenige Ausbildungsplätze und häufig zu viele Hindernisse um einer geregelten Ausbildung nachgehen zu können. Die VA kam aufgrund verschiedener Fälle zu dem Ergebnis, dass diese Kinder und Jugendlichen keine Tagesstruktur mehr haben und nichts, oder nur wenig, zu tun haben. Hier besteht eindeutiger Verbesserungsbedarf.

Der Zugang zum Gesundheitssystem ist für Asylwerber generell und im speziellen für die Kinder und Jugendliche schwierig und nicht zufriedenstellend. Problematisch sind etwa Sprachbarrieren, aufgrund derer sich Kinder häufig nicht richtig äußern können.

Auch der Zugang zu Informationen wurde im Laufe des Workshops diskutiert. Die Frage, wie Kinder und Jugendliche an Informationen herankommen, stand dabei im Mittelpunkt. Es wäre sinnvoll, für die Kinder und Jugendlichen sogenannte „Peer-Beratungen“ einzurichten, da der Zugang und das Vertrauen zu Gleichaltrigen einfacher aufgebaut werden kann.

Im Workshop wurden Forderungen erarbeitet die zur Verbesserung gestellt werden müssen:

- Obsorge ab den ersten Tag;
- gleiche Tagsätze für Österreichische und nicht-österreichische Kinder, UMF;
- eine bessere Informationsvermittlung für Kinder und Jugendliche;
- eine mediale Darstellung, die dem Thema gerecht wird;
- Ausbildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen in Österreich .

In Österreich werden nach der Wahrnehmung der VA die UMF in vielen Fällen alleine gelassen. Hier besteht ein massiver Verbesserungsbedarf.

Mag. Elke SARTO – Zusammenfassung Workshop 3:

Kinder und Jugendliche in staatlicher Betreuung

Die Impulsvorträge wurden von Mag. Dr. Michael John (Institut für Sozial & Wirtschaftsgeschichte der JKU Linz) und Mag.^a Hedwig Wölfl (die möwe) gehalten.

In den 70er Jahren gab es besondere Probleme bei der Heimerziehung (z.B. Wilhelminenberg). So haben sich die Heimleiter in Wegscheid etwa schriftlich noch zu „Zucht und Ordnung“ bekannt und „harte körperliche Bestrafung“ propagiert, um den Kindern und Jugendlichen „den Weg zu weisen“. Erhebliche Körperverletzungen und sexuelle Gewalt seien zwar immer schon verboten gewesen, die Anwendung von Körperstrafen hingegen sei gestattet gewesen. Ab 1965 sei es zu Reformansätzen gekommen, in den 1970er Jahren habe es eine Heimerziehungsreform gegeben, ab 1989 ein absolutes Gewaltverbot in der Erziehung und anlässlich der Einführung der Kinderrechtskonvention diverse Reformen in der Jugendwohlfahrt.

Die Missstände herrschen zum Teil jedoch noch heute. In der historischen Aufarbeitung sieht a.Univ.Prof. Mag. Dr. John ein Aufzeigen von Schwachstellen bzw. Fehlentwicklungen als Beitrag für Verbesserungen in der Gegenwart. Aus seiner Sicht sei es dabei von besonderer Bedeutung, den Betroffenen Gehör zu schenken bzw. ihnen einen gewissen „Erzählrahmen“ zu geben. Den Medien komme in derlei Aufarbeitungsprozessen generell eine überaus bedeutsame Rolle zu.

Zahlen zu Fremdunterbringungen sind schwierig zu bekommen und können österreichweit nicht miteinander verglichen werden, da jedes Bundesland bei der Dokumentation anders vorgeht. Im Jahr 2016 waren rund 13.700 Kinder österreichweit fremduntergebracht, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 4% bedeutet. In Wien ist fast jedes 100ste Kind betroffen.

Die Probleme aus der Sicht der Kinder sind:

- Die Unterbringung bei einer fremden Familie
- der Mangel an Nachvollziehbarkeit. Kinder wissen nicht warum sie fremduntergebracht werden;
- die Ungewissheit über die Dauer der Fremdunterbringung;
- Bindungsschwierigkeiten;
- Unsicherheit darüber was nach der Volljährigkeit passiert;
- innere Konflikte. Die Sehnsucht nach der Familie und die Realität;

- Scham- und Minderwertigkeitsgefühle;
- Stigmatisierung und Ausschluss aus der Gesellschaft;
- Gewalt und Missbrauch in den Pflegefamilien.

Für einen adäquaten, professionellen Umgang mit den aufgezeigten Problemen sei unter anderem ein Leitfaden („Leitfaden für gewaltfreie sozial-/pädagogische Einrichtungen“) entwickelt worden, der im Wesentlichen zehn Punkte umfasst:

1. Kinderrechte
2. Regeln für einen gewaltfreien Umgang, die Nähe und Distanz beschreiben. Schutz
 1. vor Übergriffen muss gewährleistet sein, dennoch brauchen Kinder auch Nähe, um
 2. Geborgenheit erleben zu können. (Die Praxis von manchen Einrichtungen, jeglichen
 3. Körperkontakt zu vermeiden, sieht sie kritisch.)
 4. Vertrauenspersonen, Bezugsperson; externe Ansprech-, Beschwerdestelle (Infor-
 5. mationen darüber müssen den Kindern/Jugendlichen bekannt sein - Aushänge!)
 3. Mitbestimmung (Ermutigung der Kinder/Jugendlichen dazu) bei Gestaltung der Um-
 6. welt, Hausregeln udgl.)
 4. Transparenz (insb. auch über die Fremdunterbringung)
 5. Beschwerdemanagement
 6. Kooperation mit externen Gewaltschutzeinrichtungen
 7. Auswahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gewaltschutz, Kinderrechte udgl.)
 8. Fortbildung (Mindestwissensstand: Gewaltprävention udgl.)
 9. Qualitätsstandards und -entwicklung (Austausch mit ext. Gewaltschutzeinrichtungen)

DSAⁱⁿ Elisabeth DWORZAK – JUNGHERR – Zusammenfassung Workshop 4:

Die Antigewalttrainer

Das Gewaltpräventionsprojekt vom Landesverband Wien ist ein Antigewalttraining auf richterlicher Weisung für Jugendliche und junge Erwachsene bis 21 Jahren. Finanziert wird das Projekt von der Justiz. Ein Pendant hierzu ist das Präventionsprogramm für noch nicht straffällig gewordene Jugendliche bis 18 Jahren, welches derzeit keinerlei Unterstützung erhält.

Das Gewaltpräventionsprojekt greift zwei verschiedene Ansätze auf:

1. Die Arbeit mit Täterinnen und Tätern in einem eigens für Wiederholungstäterinnen und -tätern entwickelten Training, das sie dabei unterstützt ihre erlernten Gewaltmuster zu durchbrechen. So soll die Gesellschaft langfristig geschützt werden.
2. Es sollen geeignete Strategien entwickelt werden um Muster von Gewalt zu durchbrechen. Gefährliche Situationen sollen bereits im Vorfeld erkannt und deren Eskalation vermieden werden.